GENDER OPEN REPOSITORIUM

Bayern anders denken – für Frieden und Freiheit. Die Friedensaktivistin Eleonore Romberg im Bayerischen Landtag (1986-1990) :

Hertrampf, Susanne

2014

https://doi.org/10.25595/1507

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hertrampf, Susanne: *Bayern anders denken – für Frieden und Freiheit. Die Friedensaktivistin Eleonore Romberg im Bayerischen Landtag (1986-1990) :* , in: Ariadne : Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (2014) Nr: 66, 24-31. DOI: https://doi.org/10.25595/1507.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF).

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

ARIADNE HEFT 66

INHALT

Impressum 2

Editorial 3

Inhalt 5

Zwischen Frieden und Krieg?
Die internationale Friedensbewegung in den Diskursen und Visionen der polnischen Frauenrechtlerin Zofia (Emilia) Dasyńska-Golińska 6
Angelique Leszczawski-Schwerk

Unterschiedliche Wege – aber ein Ziel! Die friedenspolitischen Netzwerkerinnen Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann und Helene Stöcker 15
Reinhold Lütgemeier-Davin / Kerstin Wolff

Bayern anders denken – für Frieden und Freiheit
Die Friedensaktivistin Eleonore Romberg im Bayerischen Landtag (1986-1990) 24
Susanne Hertrampf

All we are saying is give peace a chance! 32
Aus dem Zettelkasten der Archivarin
Barbara Günther / Cornelia Wenzel

Wenn Pazifistinnen den inneren Frieden stören 40
Sicherheit, Generation und Geschlecht in der frühen Bundesrepublik
Dominik Rigoll

Frauen streiten um den Frieden 50
Kontroversen und Debatten rund um die Neue Frauenfriedensbewegung
Anne Bieschke

DOKUMENTATION Irena Kukutz: Eingabe an die Volkskammer der DDR 60

DOKUMENTATION Ministerrat der DDR: Werte Frau Kukutz! 60

DOKUMENTATION P.S.: Zwei Augen, zwei Ohren und vor Staunen ein offener Mund … 61

DOKUMENTATION Frauen für den Frieden/Halle: Eingabe 62

DOKUMENTATION Hamburger Fraueninitiative: Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN! 63

Afrikanische Friedensaktivistinnen und die UN-Resolution 1325 64
Am Beispiel Liberias
Rita Schäfer

Rezensionen 72

Freundinnen 80

Stiftung 81

Bayern anders denken – für Frieden und Freiheit

Die Friedensaktivistin Eleonore Romberg im Bayerischen Landtag (1986-1990)

Susanne Hertrampf

geb. 1962, Dr. phil, Historikerin; zzt. wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung mit dem Projekt »Eleonore Romberg und die Frauenfriedensbewegung, 1972-1992. Der lange Weg zur Schaffung einer geschlechtergerechten Friedenskultur«. Pub. u.a.: Identitäten, Perspektiven und Kommunikation transnationaler Friedensaktivistinnen, 1970/71, in: Martina Ineichen u.a. (Hg.): Gender in Trans-it, Chronos Verlag, Zürich 2009, S. 213-221; »Zum Wohle der Menschheit«. Feministisches Denken und Engagement internationaler Aktivistinnen, 1945-1975, Centaurus-Verlag, Herbolzheim 2006.

Als Mitglied der GRÜNEN-Fraktion hielt Eleonore Romberg ihre erste große Rede im Bayerischen Landtag am 12.12.1986. Gleich zu Beginn stellte sie – ein Neuling im parlamentarischen Raum, aber mit einer 30-jährigen außerparlamentarischen Politik-Erfahrung – ihr politisches Denken dem des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) gegenüber. Bewusst betonte sie zunächst das gemeinsame Erleben des Zweiten Weltkrieges, bevor sie auf die entgegengesetzten Schlussfolgerungen aus diesem Erleben einging. Dass Strauß *»stolz ist auf den Aufbau und die Entwicklung Bayerns in den letzten 40 Jahren«* könne sie *»nachempfinden«*, da sie wie er *»die Zerstörung dieses Landes, insbesondere der Städte im letzten Weltkrieg erlebt«* habe. Sie erinnere sich auch daran, dass die Remilitarisierung Westdeutschlands in der CSU anfänglich durchaus umstritten gewesen sei. Das Ergebnis dieses Streits, so Eleonore Romberg weiter, sei *»bei den Vertretern der CSU allerdings anders ausgefallen als bei mir […]. Die Entwicklung, die Bayern in der Militarisierung und der Rüstung in den letzten Jahrzehnten genommen hat und weiterhin nimmt, ist nicht zu vertreten.«*[1] Ihre Vision und politischen Forderungen tat sie am Ende ihrer Rede kund: *»Es geht uns um ein Bayern, das innenpolitisch und außenpolitisch am friedlichen Zusammenleben der Völker interessiert ist.«*[2]

Herkunft und Politisierung

München war der Ort, an dem Eleonore Romberg 1923 geboren wurde und 2004 starb.[3] Ihre Kindheit wurde überschattet von dem frühen Tod ihres Vaters 1926. Eine weitere Zäsur erlebte sie, als sie 14-jährig an Kinderlähmung erkrankte. Mit dem Stigma der Behinderung wurde sie nicht in den Bund Deutscher Mädchen aufgenommen. Diese Ausgrenzung hatte sich nachhaltig in ihr Gedächtnis eingeschrieben, wie auch der Tod ihres Bruders als Pilot der deutschen Luftwaffe 1940. Auch der neun Monate währende Gefängnisaufenthalt ihres Stiefvaters, der 1939 wegen unbedachter politischer Äußerungen denunziert worden war, prägte ihr Denken. Sie empfand dieses Ereignis als so bedrohend, dass sie beschloss, nie etwas mit Politik zu tun haben zu wollen. Doch der Wunsch, sich für die Gesellschaft einzusetzen, d.h. zu handeln, war letztlich größer. In der Nachkriegszeit stellte sie die Weichen für einen politischen Lebensentwurf. Allerdings sah sie ihre politische Zukunft nicht in einer Partei, sondern in einer außerparlamentarischen Bewegung.

Mit vielen anderen teilte Eleonore Romberg nach 1945 die Haltung, dass es nie wieder Krieg geben dürfe. Die Diskussion um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands führte sie 1955 schließlich in die Münchner Gruppe der Deutschen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF, englisch: Women's International League for Peace and Freedom (WILPF)). Als sie 30 Jahre später in den Bayerischen Landtag gewählt wurde, gehörte sie immer noch keiner Partei an, sondern hatte als parteilose Friedensaktivistin auf einer offenen Liste der bayerischen GRÜNEN[4] einen aussichtsreichen Platz erlangt.

Die GRÜNEN zogen 1986 zum ersten Mal in den Bayerischen Landtag ein; insgesamt erhielten sie 15 Sitze, von denen neun mit Frauen besetzt waren. Einen Frauenanteil von 60% hatte es bis dato noch in keiner Fraktion des Bayerischen Landtages nach 1945 gegeben – nicht einmal annähernd. Dennoch konnte dieser hohe Frauenanteil nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bayerische Landtag – schon allein durch die Alleinregierung der CSU – auch in der 11. Wahlperiode männlich und konservativ geprägt war. Aufgrund dieses Einflusses erscheint es wenig überraschend, dass die Entwicklung Bayerns zur ›Rüstungsschmiede Deutschlands‹ in den Debatten der voran gegangenen Wahlperioden nicht kritisch hinterfragt wurde.[5] Ging es in den bisherigen Parla-

Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 2014 Heft 65 Seite 24-31

mentsdebatten um Menschenrechte, dann vor allem in Bezug auf die Vertreibung der Deutschen, die die CSU-Abgeordneten unter Begriffen wie *»grauenhafte Vertreibungs-Tragödie«* und *»Vertreibungsverbrechen«*[6] diskutierten. Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage, wie Eleonore Romberg in diesem politischen Klima bzw. dieser spezifischen parlamentarischen Konstellation die Themen Frieden und Freiheit in die Bayerischen Landtagsdebatten eingebracht hat und was für eine Gesellschaft sie sich für Bayern vorstellte. Auch wird die Bedeutung ihres außerparlamentarischen Engagements in der IFFF, die lokal, national und international agiert, für ihre Arbeit im Bayerischen Landtag herausgearbeitet. Dazu werden Plenarprotokolle der 11. Wahlperiode des Bayerischen Landtags (1986-1990), Interviews mit Eleonore Romberg und Dokumente ihres Nachlasses, welcher im Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel aufbewahrt wird, ausgewertet.

Verortung in einer Frauenfriedensorganisation

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ging 1915 aus dem internationalen Frauenkongress in Den Haag hervor. Ihre Gründerinnen weigerten sich, militärisch und in Freund-Feind-Bildern zu denken, sondern setzten stattdessen auf Dialog, Verständigung und Versöhnung.[7] Hinsichtlich ihrer wichtigsten Ziele: Frieden und Freiheit forderten die IFFF-Frauen nicht nur eine allgemeine und umfassende Abrüstung, eine gewaltfreie Lösung von Konflikten durch Mediation sowie eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, sondern auch soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung von Menschenrechten, insbesondere für Frauen.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 war es der Deutschen Sektion nicht mehr möglich weiterzuarbeiten, aber schon kurz nach Kriegsende im Mai 1945 begannen ältere IFFF-Frauen, diese zu reaktivieren. 1952 wurden acht Ortsgruppen, darunter München, als Deutsche Sektion vom internationalen IFFF-Vorstand anerkannt. In den folgenden Jahren stand vor allem die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands im Fokus der IFFF-Frauen. So verlangten sie von Anfang an, dass beide deutsche Regierungen auf eine Remilitarisierung jeglicher Art verzichten sollten; auch sollte sich Westdeutschland nicht am Atlantikpakt beteiligen.[8]

Überschattet wurde die Reaktivierungsphase der Sektion durch den erneut aufkeimenden Ost-West-Gegensatz.[9] Das bayerische Innenministerium setzte die IFFF am 27. August 1953 auf die Liste ›verfassungswidriger Organisationen‹, was die Arbeit der Münchner Gruppe unmöglich machte. Am 13. Oktober 1955 wurde der Name der IFFF nach einer erneuten Überprüfung aus der Liste entfernt[10], so dass die Münchner IFFF-Frauen ihre Friedensarbeit wieder aufnehmen konnten, allerdings standen sie weiter unter polizeilicher Beobachtung.[11] Im selben Jahr trat Eleonore Romberg der Münchner Gruppe bei und übernahm bereits kurze Zeit später deren Vorsitz. Warum sie sich dieser Frauenfriedensorganisation anschloss, schilderte sie 1987 rückblickend in einem Vortrag: nicht nur das Engagement der älteren IFFF-Frauen habe bei ihr einen tiefen Eindruck hinterlassen, sondern auch deren Bereitschaft, die eigene Friedenspolitik auf den Prüfstand zu stellen, um nicht nur der pazifistischen Überzeugung Rechnung zu tragen, sondern auch um der Freiheit willen. *»Dass Frauen in der Lage sind, um solche Entscheidungen zu ringen, schien mir so ungeheuerlich und […] hat mich so beeindruckt, dass ich da das Gefühl hatte, da gehöre ich hin.«*[12] Nicht auf einem Standpunkt zu beharren, sondern auch zum Kompromiss bereit zu sein, dieser Haltung maß Eleonore Romberg einen großen Wert bei. Frieden bedeutete für sie in erster Linie, Interessenkonflikte durch *»Zusammenarbeit unter den Völkern, […] den Menschen schlechthin«* zu lösen, anstatt *»Interessen gewaltsam durchzusetzen«*[13]. Bereit zu sein, mit Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zusammenzuarbeiten, war für sie eine Frage des Willens und damit der Möglichkeit, Alternativen zum Krieg zu denken. Diese Position begründete sie 1957 damit, dass der Krieg ein *»Produkt menschlicher Organisation«* sei, also ein Konstrukt, und nicht *»ein unvermeidliches Schicksal«* oder eine Art *»Naturereignis«*.[14] Eleonore Romberg wollte eine Zusammenarbeit auf möglichst breiter Basis, d.h. möglichst viele Menschen, organisiert in Vereinen, Initiativen und/oder Bündnissen sollten sich an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen, sei es durch gemeinsame Aktionen, Aufklärungsarbeit oder weltpolitische Analy-

»Hab' auch so die ersten Diskriminierungen erfahren, […] wenn irgendwo von Frieden geredet oder am Ostermarsch teilgenommen [wurde, SH], dass man also plötzlich als Kommunist beschimpft wurde, dass ich merkte, dass das bei mir Angst auslöst wieder, dass ich also in eine Schublade komme, dass ich etikettiert werde […] Und dass das wiederum eigentlich als Diskriminierung gemeint ist und erlebt wird, und damit dass wiederum eine politische Meinung unattraktiv wird, dass das Konsequenzen hat. […] Insofern natürlich auch Fragen aufgeworfen sind, in welchem Land lebe ich denn, dass jemand der seine Meinung sagt, wiederum etikettiert werden kann und zwar sehr schnell, ohne überhaupt zu prüfen ob es stimmt.« Eleonore Romberg, 1987

Bild im Text: Eleonore Romberg auf einem Kongress, 1986

sen. Damit dieses Engagement Früchte tragen könne, erwartete sie von Politikerinnen und Politikern, die Zivilgesellschaft – auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene – als PartnerInnen ernst zu nehmen und sich mit deren Anliegen auseinanderzusetzen. Das verstand sie unter Demokratie.

Romberg hielt die Struktur der IFFF, die mit ihrem internationalen Vorstand und dem Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ihren Sektionen und Ortsgruppen auf drei verschiedenen Ebenen: lokal, national und international – agierte, für am besten geeignet, sich sowohl als friedenspolitisch engagierte Frau Gehör zu verschaffen, als auch ihre Vorstellungen von Zusammenarbeit in der Praxis zu erproben. Erste Kontakte mit der internationalen IFFF-Ebene knüpfte Romberg in den 1960er Jahren, insbesondere als beratendes Mitglied der Deutschen Sektion bei internationalen Vorstandssitzungen. Auf dem internationalen IFFF-Kongress 1970/71 in Indien fand ihr Plädoyer, die IFFF solle Gewalt als Mittel zur Befreiung von Unterdrückung dann akzeptieren, wenn gewaltfreie Alternativen versagt hätten, einen solchen Anklang, dass sie aufgefordert wurde, für den internationalen Vorstand zu kandidieren. Sie erhielt die meisten Stimmen und erklärte sich bereit, das Amt der Vizepräsidentin zu übernehmen. 1972 wurde ihr das Amt der Präsidentin (bis 1974) anvertraut.[15] Parallel zu ihrem Aufstieg in führende IFFF-Ämter auf internationaler Ebene schlug Eleonore Romberg den Zweiten Bildungsweg ein. Nach dem Begabtenabitur 1961 studierte sie Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität München. Schließlich lehrte sie von 1971 bis 1983 Soziologie und soziale Planung an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München; 1973 wurde sie dort zur Professorin ernannt.

Eleonore Romberg (r.) auf dem 23. WILPF-Kongress in Zeist (NL) vom 23.-29.07.1986

»Aber was Demokratie wirklich sein kann, sich auseinandersetzen, daß dieses für damalige Zeiten hervorragende Grundgesetz überhaupt erfüllt wird, dass wir wahrnehmen, was wir damit für Rechte haben und nicht bloß alle vier Jahre zur Wahl gehen, all diese Dinge sind nicht hinreichend genutzt worden.« Eleonore Romberg, 1994

Alternativen denken, Gegensätze verbinden

Ihre Verortung in einer Friedensorganisation machte Eleonore Romberg angreifbar. Wie schon vor 1933 wurde den FriedensaktivistInnen auch nach 1945 allgemein vorgeworfen, AgentInnen und/oder PropagandistInnen der kommunistischen Regierung Moskaus zu sein. Da die Wiederbewaffnung Westdeutschlands für die Adenauer-Regierung ein zentraler Baustein ihrer Macht- und Westintegrationspolitik war, bekämpfte sie ihre KritikerInnen auch mit antiliberalen Methoden wie der Diffamierung.[16] Die Stilisierung zum politischen Gegner empfand Romberg auf zwei Ebenen bedrohlich – einerseits vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen im Nationalsozialismus, und andererseits, weil sie sich entschieden für demokratische Werte einsetzte.[17] Bemerkenswert ist daher, dass sie sich dennoch nicht scheute, immer wieder mit einzelnen KommunistInnen oder mit kommunistischen Vereinen wie der Deutschen Friedensunion oder dem Weltfriedensrat sachbezogen zusammenzuarbeiten. Damit widersetzte sie sich dem Freund-Feind-Denken, dem Kern der Mentalität des Kalten Krieges.

Es war nicht Rombergs Anliegen, um jeden Standpunkt der IFFF zu ringen, zumal nicht, wenn dadurch ein gemeinsamer friedenspolitischer Aufruf mit anderen Gruppen gefährdet schien. Vielmehr, so formuliert es ihre damalige Parlamentsreferentin im Bayerischen Landtag, Barbara Lochbihler (1987-1991), sah sich Eleonore Romberg *»immer in der Position des Moderierens«*[18]. Daraus lässt sich ableiten, dass sie der Verständigung eine zentrale friedenspolitische Funktion beimaß. Da es ihr Ziel war, militärische Denkmuster aufzubrechen, durfte sie selbst nicht in ihrer Denkweise verharren. Da sachbezogene Kooperation für sie ein wichtiges Mittel war, um dem Ziel einer geschlechtergerechten Friedenskultur näherzukommen, war sie durchaus zu Kompromissen bereit. Aber es gab Grenzen: So blieb sie bei einer klaren Position gegen Rüstungpolitik, da diese keine Konflikte löse, sondern nur finanzielle Ressourcen aufzehre, die für die Entwicklung von sozialen Strukturen dringend benötigt würden.

Konsequent nahm Eleonore Romberg die Wirtschaft ins Visier und kritisierte vehement, dass diese Aufrüstung nur aufgrund des Profits forciere. Hier setzte sie auch ihre Fachkompetenz als Professorin für Soziologie mit den Schwerpunkten Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung ein. So forderte sie immer wieder Strukturveränderungen mit dem Ziel, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern.[19] Unter Frieden verstand Eleonore Romberg nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern Frieden *»bedeutete«* für sie auch *»Kindergärten, Spielplätze, medizinische Versorgung, Bildung und Arbeitsplätze, Wohnungen, Kultur und vieles andere mehr«*.[20] Viele dieser Bereiche, so Romberg, spielten in den Lebenszusammenhängen von Frauen eine wichtige Rolle, insbesondere wenn sie Kinder und einen Beruf hätten. Ebensowenig wie den Krieg sah sie die soziale Rolle der Frau als naturgegeben an. Diese sei einer Sozialisation geschuldet, der wiederum eine konstruierte Gesellschafts- bzw. Geschlechter-

ordnung zu Grunde liege. Folglich waren Frauen aus ihrer Sicht nicht *»a priori friedfertiger«* als Männer, vielmehr ging sie davon aus, dass Frauen aufgrund der ihnen zugeschriebenen sozialen Rollen, »*zunehmend darum wissen, dass die Hauptlast eines Krieges immer Frauen und Kinder tragen, aber auch die Alten, Kranken und Behinderten. Dass also eigentlich die, die geschützt werden sollen, davon besonders betroffen sind, und dass der ganze Alltag weiterhin von den Frauen aufrechterhalten werden muss«*. Insofern war es für sie nur konsequent, aber ebenso wünschenswert, dass Frauen *»das, was sie tagtäglich verantworten, mitgestalten möchten«* und sollen.[21]

1986 erhielt Eleonore Romberg – die sich in einem Interview selbst in erster Linie als Münchnerin, dann als Bayerin und weniger als Deutsche bezeichnete[22] – die Chance, in den Bayerischen Landtag einzuziehen und – von den Bänken der Opposition aus – ihre friedenspolitischen Vorstellungen in die parlamentarische Debatte einzubringen. Dass sie schließlich einen aussichtsreichen Listenplatz erhielt, war ihrer langjährigen Bündnisarbeit[23] zu verdanken, und da sie öffentlich zu Frauenthemen Stellung bezog, wurde sie vor allem von Münchner Frauen[24] unterstützt. *»Mir ging es vor allem darum, eigentlich mitzuwirken, dass in Bayern die Opposition gestärkt wird und da alle zu unterstützen, die an dieser Chance arbeiten, und habe mich dann – also wirklich gegen jegliche Erwartungen – im Bayerischen Landtag gesehen. Ich hab' also nun doch von sehr vielen Frauen und aus dem sozialen Bereich sehr viele Stimmen gekriegt und bin […] sehr hoch gewählt worden.«*[25] Aber gerade durch die Bündnisarbeit war ihre Kandidatur auch gefährdet. Insbesondere die bayerische FDP nahm Rombergs Zusammenarbeit mit der Friedensliste – ein Bündnis von Personen aus zumeist linken Gruppierungen[26] – zum Anlass, sie als Kommunistin zu brandmarken, um mögliche WählerInnen abzuschrecken.[27] Dagegen wehrte sie sich mit rechtlichen Mitteln und versicherte eidesstattlich, nicht Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu sein.[28] Trotz dieser Hetz-Kampagne zog sie am 12. Oktober 1986 erfolgreich in den Bayerischen Landtag ein. Wenige Monate zuvor war sie im Juli beim 23. internationalen IFFF-Kongress, der in den Niederlanden stattfand, zum zweiten Mal zur internationalen Präsidentin (bis 1992) gewählt worden.[29]

Besonders am Anfang ihrer parlamentarischen Arbeit fühlten sich die Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion im Bayerischen Landtag ausgegrenzt, nicht nur von Regierungsmitgliedern, sondern auch von der SPD, die sich als die Opposition links von der CSU verstand. Aber auch die 15 Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion mussten sich erst zu einem Team zusammenfinden; so gab es vor allem gegen Eleonore Romberg und Hans-Günther Schramm Vorbehalte, da beide parteilos waren und mit der Friedensliste kooperierten. Die Anfeindungen von außen stärkten aber letztlich den Zusammenhalt der GRÜNEN-Fraktionsmitglieder. Die für Fraktionen typischen Flügelkämpfe blieben in den ersten Jahren weitgehend aus, so dass die einzelnen GRÜNEN-Abgeordneten mehr Raum für ihre Themen erhielten und nicht als Sprachrohr ihrer Fraktion bzw. ihres Flügels fungierten.[30]

Wie nun spiegeln sich Rombergs Vorstellungen von Frieden und Freiheit in ihren parlamentarischen Reden zur bayerischen Rüstungsindustrie, zu Waffeneinsätzen und dem bayerischen Asylverfahren wider? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

»Da ist einmal der Auftraggeber Jordanien, ein armer Wüstenstaat mit knapp zwei Millionen Einwohnern, ein Staat, der keine natürlichen Ressourcen und kein Öl hat, der von den reichen Ölnachbarn wirtschaftlich gestützt wird. Da frage ich mich: Wie kann sich dieser Staat solche Mammutrüstungsaufträge finanziell leisten?« Eleonore Romberg, 1989

Eleonore Romberg im Bayerischen Landtag, direkt hinter ihr (leicht verdeckt) ihr GRÜNEN-Parteikollege Hans-Günther Schramm

links:
Ausschnitt aus einem Flyer zum Eröffnungsvortrag einer Veranstaltungsreihe der IFFF am 11.12.1987 in München

Für den Frieden: Wider dem militärischen Denken in Bayern

Eleonore Romberg bezog die Aufforderung ›von deutschem Boden solle nur Frieden ausgehen‹ ausdrücklich auf Bayern, noch bevor diese 1990 in den Zwei-plus-Vier Vertrag Eingang finden sollte. Das Image des Freistaates, der nicht nur in der Presse, sondern auch in internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen (VN) und dem Internationalen Währungsfond als ›Rüstungsschmiede‹ und ›Militärland‹ bezeichnet wurde, stand in einem für sie unerträglichen Widerspruch zu dieser Forderung.[31] Einen Dringlichkeitsantrag der SPD bezüglich der »Vermeidung von Aktivitäten für Waffengeschäfte in Südafrika« nahm sie zum Anlass, sowohl das militärische Engagement in Bezug auf Krisengebiete als auch das militäri-

»Der Unterausschuss ›Status of Women‹ gehört zu den Menschenrechtskommissionen der Vereinten Nationen. Die nächste große Kommissionssitzung findet vom 18. bis 24. März in Wien statt. Ich bin dort vertreten. Es wird interessant sein, nicht nur von der Entwicklung in anderen Ländern zu hören, sondern man wird mich auch fragen, was wir hier für die Frauen in unserem Land tun.«
Eleonore Romberg, 1989

Eleonore Romberg (oben, vorne r.) auf dem 23. WILPF-Kongress in Zeist (NL) vom 23.-29.07.1986 und (r. im Text) während einer Reise in die USA vor einem Banner der WILPF, 1988

sche Image Bayerns anzuprangern. *»Als bayerische Bürgerin«* und *»als Vertreterin dieses bayerischen Parlaments«* sei ihr dieses Image dieser Ruf *»peinlich«* [32] und betreffe sie somit persönlich. Durch diese Formulierung machte sie deutlich, dass für sie das Anliegen konkret und nicht abstrakt war. Ausgehend von dieser Wahrnehmung wies sie mit Hilfe von Informationen und Argumenten auf Möglichkeiten hin, dieses Image zu korrigieren. Mit dem Hinweis, dass der Dringlichkeitsantrag der SPD am offiziellen Tag der Menschenrechte verhandelt wurde, wollte sie erreichen, dass sich ihre Kolleginnen und Kollegen darauf *»besinnen«*[33], dass Waffengeschäfte mit Südafrika Menschen betreffen und deren *»Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit«* (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Art. 3) gefährden. Als politische Amtsträger sollten sich die Abgeordneten ihrer Verpflichtung gegenüber der VN-Charta stellen.[34]

Entsprechend lassen sich ihre Reden wie Versuche lesen, Prozesse des Umdenkens bzw. des Lernens bei ihren parlamentarischen Kolleginnen und Kollegen auszulösen – im Sinne ihrer eigenen globalen friedenspolitischen Sichtweise. So forderte Eleonore Romberg die Bayerische Landesregierung z.B. wiederholt auf, Beschlüsse der VN zu befolgen. Sie erinnerte daran, dass die Bundesrepublik Mitglied der VN war und als solches *»verbindlich verpflichtet«*[35] sei, deren Charta zu respektieren, und demnach *»künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren«* sowie den *»Glauben an die Grundrechte des Menschen […] erneut zu bekräftigen«*[36].

Für Eleonore Romberg, die sich im Rahmen der IFFF über lange Jahre hinweg mit den Prinzipien der Vereinten Nationen auseinandergesetzt hatte und so ihre globale Sichtweise vertiefen konnte, war es selbstverständlich, lokale Politik global zu denken und entsprechend politisch zu handeln. Die Charta der Vereinten Nationen wie auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte dienten ihr dabei als politische Orientierung. Gleiches wünschte sie sich für die Politik Bayerns. Mit dem Verweis auf die Menschenrechte implizierte Romberg, dass es ihr nicht nur um die eigenen Interessen ging, sondern auch um die von anderen, weshalb sich ihr politisches Handeln auch als moralisches Handeln deuten lässt.[37] In ihren parlamentarischen Reden thematisierte sie mehrfach, wie durch staatliches Handeln elementare Menschenrechte verletzt werden können. So beschrieb sie ausführlich, wie Reizgas (CS-Gas), das die bayerische Polizei gegen DemonstrantInnen einsetzte, den menschlichen Organismus schädigt. Auch hier verwies sie zur politischen Orientierung auf internationale Beschlüsse, wie die VN-Resolution 2603 aus dem Jahre 1969, in der die Empfehlung ausgesprochen wurde, derartige Gase nicht einzusetzen.[38]

Diese Beispiele machen deutlich, welch hohen Stellenwert Eleonore Romberg den Menschenrechten beimaß, die sie durch Einsatz von Waffen grundsätzlich verletzt sah. Deshalb nutzte sie Rüstungsthemen wie die Debatte um Kredite der Bayerischen Landesbank für britische Kampfflugzeuge, die nach Jordanien ausgeliefert wurden, um den ParlamentarierInnen immer wieder vor Augen zu führen, was die Produktion von Rüstungsgütern in letzter Konsequenz bedeutet: *»Solange Waffen produziert werden, werden sie auch verkauft. Sie müssen verkauft werden, weil sie, wie ich ja schon sagte, nicht ins Wehrdepot oder in die Garage gesteckt werden. Die Waffen stehen bereit und müssen verkauft werden, ganz gleich, an wen und wohin. Darin sehe ich die Gefährlichkeit dieser Entwicklung. Waffen sind da, um benutzt zu werden. Sie werden zumindest zu Drohgebärden, vielleicht auch zu Manövern, aber auch bei militärischen Auseinandersetzungen eingesetzt. Das heißt, sie werden gegen Menschen eingesetzt«*.[39] Am Ende dieser Rede, die sie im Januar 1989 hielt – also fast 75 Jahre nach Gründung der IFFF – wandte sie sich an ihre Kolleginnen im Landtag mit der Aufforderung, sich dieses Thema im parlamentarischen Raum anzueignen: *»In diesem Zusammenhang wundere ich mich, dass heute nur Männer reden. Ich bin die erste Frau, die heute hier redet, und ich möchte meine Kolleginnen ermutigen und ihnen folgendes sagen: Waffen werden, wie wir wissen, vor allem gegen Zivilisten eingesetzt, gegen Frauen, Mütter, Kinder, alte und kranke Menschen«*.[40]

Der Logik ihrer Argumente folgend, forderte Eleonore Romberg – auch im Namen der GRÜNEN-Fraktion – von der bayerischen Staatsregierung, eine Rüstungskonversion in Bayern durch entsprechende Anreize zu unterstützen und gemeinsam mit den Rüstungsbetrieben darüber zu beraten, um zeitnah auf zivile Produktionen umstellen zu können. Dem Argument der Staatsregierung, dadurch Arbeitsplätze zu vernichten, stellte sie das Beispiel Japan entgegen, wo es trotz einer kaum vorhandenen Rüstungsindustrie eine sehr niedrige Arbeitslosenquote gab.[41] Dabei erkannte sie sehr wohl, dass eine Konversion, die aufgrund der Erosion des Ostblocks Ende der 1990er Jahre naheliegend war, betroffenen Kommunen wirtschaftliche und soziale Probleme bereiten konnte. Deshalb plädierte Romberg dafür, frühzeitig Konzepte zu erarbeiten, mit denen sich sowohl eine Truppenreduzierung als auch die Rüs-

tungskonversion sozialverträglich durchführen ließen. Besonders wichtig war es ihr, den Kreis der BeamtInnen, die von Seiten der Staatsregierung für diesen Schritt vorgesehen waren, durch Mitglieder gesellschaftlicher Gruppen wie *»Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Unternehmen oder die betroffenen Vertreter der Landesregierung«*[42] zu erweitern. Darin zeigte sich ihr langjähriges Interesse an einer möglichst breiten politischen Teilhabe.

Eleonore Romberg verlangte von staatlichen VertreterInnen Bürgernähe und Interesse am Austausch mit der Zivilgesellschaft. Lobbyismus hingegen sah sie eher kritisch, insbesondere bezogen auf große Konzerne, die militärische Produkte entwickelten, wie z.B. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn bei München.[43] Mit großen Bedenken verfolgte sie die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, vor allem die Einflussnahme der Bundesländer auf die Europapolitik und den angestrebten europäischen Binnenmarkt für das Jahr 1992.[44] Gerade in Bezug auf Letzteren fürchtete sie die Macht transnational agierender Konzerne wie MBB. Sie wollte auf keinen Fall *»ein Europa der Konzerne«* oder eine Achse starker Staaten wie Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland oder, wie sie spitz formulierte, *»eine Achse Frankreich/Bayern«*[45], sondern sie wollte ein demokratisches *»Europa der Bürger und Bürgerinnen«*[46].

Für die Freiheit: Die Gesellschaft Bayerns menschen- und geschlechtergerecht gestalten

Wie oben gezeigt wurde, beinhaltete Eleonore Rombergs Friedenspolitik nicht nur eine kritische Analyse der bayerischen Rüstungsindustrie und der damit verbundenen militärischen Denkmuster, sondern sie implizierte ebenso die Wahrung und Sicherung der Freiheit als ein elementares Recht des Menschen. Als Soziologin, die sich vor allem Sozialplanung als Schwerpunkt gesetzt hatte, war es ihr Bestreben, sozial benachteiligten Menschen die Möglichkeit und damit die Freiheit zu geben, eigenverantwortlich und gestalterisch aktiv zu werden. Im Bayerischen Landtag konzentrierte sich Eleonore Romberg darauf, die Situation für Asylsuchende zu verbessern, wobei sie insbesondere Frauen und Mädchen im Blick hatte. Grundsätzlich kritisierte sie die Bayerische Regierung als asylfeindlich, da diese zu *»abschreckenden Maßnahmen«* greife, *»um den Zufluß [von Asylsuchenden, S.H.] zu stoppen«*. Konkret bemängelte sie ein *»fünfjähriges Arbeitsverbot, Sammellager, keine Integrationsmaßnahmen, keine Vermittlung von Deutschkursen, Vernachlässigung der Betreuung von Kindern and ähnliches mehr«*[47]. Diese Praxis bewertete sie als Verstoß gegen die Menschenrechte im Allgemeinen und als Verstoß gegen das Asylrecht im Besonderen, weil sie Menschen gezielt abschrecken sollte, in Deutschland Asyl zu beantragen. Mehrmals erinnerte sie ihre Kolleginnen und Kollegen an ihre Pflicht als staatliche RepräsentantInnen, politisch im Sinne der Menschenrechte zu handeln.[48] Mit der gleichen Absicht verwies Eleonore Romberg auf Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes[49], in dem es bis 1993 hieß: *»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«*.[50] Indem sie immer wieder die konkrete Situation der Flüchtlinge beschrieb und die politischen AmtsträgerInnen aufrief, diese Rechte für alle Menschen, die in Bayern leben, durchzusetzen und so eine offene Gesellschaft zu schaffen, forderte sie zu einer Menschenrechtsdebatte auf, mit dem Ziel, einen Konsens über *»elementare menschliche Bedürfnisse«*[51] zu erreichen.

Demonstration in den 1980er Jahren

Wie oben erwähnt mahnte Eleonore Romberg gemeinsam mit der GRÜNEN-Fraktion eine konkrete Auslegung der Menschenrechte besonders bezogen auf ausländische Frauen und Mädchen an.

So plädierte sie für ein eigenes Aufenthaltsrecht der ausländischen Frauen. Im Zusammenhang der Anträge der GRÜNEN zu *»frauenspezifischen Fluchtgründen«*[52] und *»Frauen in Asylverfahren«*[53] warb Romberg eindringlich dafür, ausländische Frauen als *»eigenständige Personen«* zu begreifen und *»ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte unabhängig von ihren Männern wahrzunehmen«*[54]. Sie forderte stets, die kulturellen Bezüge der ausländischen Frauen und Mädchen mit zu bedenken und dementsprechend *»sensibel«* zu handeln. Um ihrer Argumentation Nachdruck zu verleihen, verwies sie auf die Forderung des Unterausschusses für Frauenfragen des Europäischen Parlaments, Emigrantinnen gleichzustellen. Zudem argumentierte sie, dass sich Gleichstellungsrechte auch aus den Strategien der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 ableiten ließen.[55] Sie machte deutlich, dass diese Anträge nicht eine *»obskure«*[56] Idee der GRÜNEN seien, indem sie auch hier auf internationale und europäische Diskussionen und Beschlüsse zu Frauenrechten einging und darüber informierte, dass der Deutsche Frauenrat in einer Resolution ebenfalls gefordert habe, frauenspezifische Fluchtgründe als Asylgrund anzuerkennen. Mit dieser Argumentation hoffte sie auf partei-

übergreifende Unterstützung, insbesondere von den weiblichen Abgeordneten des Bayerischen Landtags.[57]

Frieden und Freiheit sind untrennbar

Menschenrechte sind der Schlüssel zum Verständnis der Friedenspolitik von Eleonore Romberg. Diese in Konfliktsituationen zu wahren und zu sichern war für sie normativ. Da militärische Handlungen immer elementare Menschenrechte verletzen, war es für sie nur konsequent, sich für eine Abrüstungspolitik einzusetzen und militärisches Denken grundsätzlich zu hinterfragen. In diesem Sinne verstand sie die politischen Ziele Frieden und Freiheit als nicht voneinander zu trennen. Sie war sich aber auch im Klaren darüber, dass Menschenrechte durchzusetzen auch Konflikte erzeugt, wie es die Debatte um eine Verbesserung der Situation für Asylsuchende gezeigt hat. Hierbei war es ihr äußerst wichtig, ein Verständnis dafür zu wecken, dass Frauenrechte Menschenrechte sind und es notwendig ist, die spezifischen Lebenszusammenhänge von Frauen insbesondere bei der Asylpolitik in den Blick zu nehmen.

»Wir können keineswegs davon ausgehen, dass man sozialpädagogische Maßnahmen der hiesigen Mädchenarbeit z.B. automatisch auf ausländische Mädchen übertragen kann. Wir wollen deren Bezüge ja nicht kaputtmachen, sondern wir wollen hier wirklich sensibel helfen.« Eleonore Romberg, 1989

Konflikte sollten immer auf der Grundlage und im Bewusstsein von Menschenrechten gelöst werden. Um das zu erreichen, setzte Eleonore Romberg auf Verständigung und politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, vor allem in Form sachbezogener Bündnisse und konstruktiver Kritik. Diese Form der politischen Partizipation und Kommunikation sowie fortwährende Appelle an ihre Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag, das eigene politische Handeln zu überdenken, sollten einen Prozess des Umdenkens entsprechend ihrer friedenspolitischen Vorstellungen einleiten.

Eleonore Romberg selbst hatte in Zeiten des Nationalsozialismus und des Kalten Krieges leidvolle Erfahrungen mit Ausgrenzung gemacht. Insbesondere die Diffamierung, eine Handlangerin Moskaus zu sein, erlebte sie als Bedrohung und als Einschränkung ihrer Freiheit. Dass dies nicht irgendwo in der Welt passierte, sondern in dem Land, in dem sie sich verortete und zu dem sie als *»urwüchsige«*[58] Bayerin eine ganz besondere Verbindung empfand, war ein starkes Motiv für sie, mit den GRÜNEN zusammenzuarbeiten, um so ihre friedenspolitischen Vorstellungen direkt in den parlamentarischen Raum einbringen zu können. Dort betrat Eleonore Romberg mit ihrer Menschenrechtspolitik Neuland. Damit und mit dem Bewusstsein, dass die politische Verantwortung nicht an den Grenzen Bayerns aufhört, forderte sie dazu auf, das vorherrschende innen- und außenpolitische Denken in Bayern zu hinterfragen und zu revidieren.

Anmerkungen

1 Eleonore Romberg, Rede zur Aussprache über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, Plenarprotokoll 11/8 vom 12.12.1986, S. 328, dieses und alle weiteren genannten Plenarprotokolle stammen aus den Archivbeständen des Bayerischen Landtags (ArchBaLa) im Internet, Zugriff am 7.3.2014 unter http://www.bayern.landtag.de/dokumente/archivbestaende/.
2 Ebenda, S. 330.
3 Biographische Hinweise finden sich in den Lebensläufen von Eleonore Romberg von 1973 und vom 9. Juni 1992 (Nachlass Eleonore Romberg, Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel (AddF), NL-P-18 ; 11-3 und 17-3); in: Gudrun Lukasz-Aden / Christel Strobel: Eleonore Romberg zum 80. Geburtstag. »Ich habe Provokationen gut aushalten können und sie immer gleich umgesetzt«, in: Wir Frauen, 22. Jg., 2003, H. 2, S. 22-23 sowie in Interviews mit Eleonore Romberg, geführt von: Ruth Dieckmann am 8.06. und 11.09.1994, in: Sybille Krafft: Zwischen den Fronten: Münchner Frauen in Krieg und Frieden, 1900-1950, München 1995, S. 435-447; Heike Bretschneider in der Radiosendung »Über den Tag hinaus«, am 23.5.1996 (AddF, NL-P-18 ; 30); Susanne Hertrampf, München, 12.07.1996.
4 Pressemitteilung der GRÜNEN, Landesverband Bayern vom 24.2.1986 und Bewerbung um einen Listenplatz auf der oberbayerischen Liste der GRÜNEN von Eleonore Romberg, Brief vom 12. März 1986, AddF, NL-P-18 ; 8-6.
5 Siehe dazu Plenarprotokolle der vorangegangenen Wahlperioden unter dem Stichwort »Rüstung«, ArchBaLa im Internet.
6 Interpellation 10/10464 (Fraktion der CSU) vom 11.6.1986, ArchBaLa im Internet, a. a. O.
7 Zur Geschichte der IFFF siehe Gertrude Bussey / Margaret Tims: Pioneers for Peace. Women's International League for Peace and Freedom, 1915-1965, Oxford 1980.
8 Aufruf der Deutschen Sektion »Deutsche Remilitarisierung? Wiederaufrüstung?«, o.J. [ca. Anfang der 1950er Jahre], Nachlass Ruth Gleissberg, AddF, NL-P-17 ; 15-3, Teil 1.
9 Vgl. Susanne Hertrampf: »Zum Wohle der Menschheit«. Feministisches Denken und Engagement internationaler Aktivistinnen, 1945-1975, Herbolzheim 2006, S. 205-215.
10 Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren vom 13.10.1955, Staatsarchiv München (StaM), Pol.Dir. 9160.
11 Mitteilungsblatt der IFFF – Gruppe München, Nr. 1, Februar / März 1957, S. 3 und die polizeibehördlichen Berichte über öffentliche Veranstaltungen der Münchner IFFF-Gruppe für den Zeitraum Juni 1957 bis November 1967, StaM, Pol.Dir. 9160.
12 Eleonore Romberg, aufgezeichneter Vortrag von 1987 in Bremen, Privatbesitz der Deutschen IFFF-Sektion, anzufragen bei der IFFF-Geschäftsstelle in Berlin, E-Mail: info@wilpf.de.
13 Eleonore Romberg: Was also ist Frieden?, in: Mitteilungsblatt der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gruppe München, 1957, Nr. 1, S. 3.
14 Ebenda, S. 2f.
15 Interview mit Eleonore Romberg geführt von Susanne Hertrampf, München, 12.7.1996 und Kongressdokument über die Anzahl der erhaltenen Stimmen bei der Vorstandswahl 1970/71 in Neu Dehli, Indien, WILPF-papers, 1915-1978, Microfilm Edition, herausgegeben von Mitchell F. Ducey, Film Nr. 24.
16 Siehe dazu u.a. Mathias Friedel: Antikommunismus und politische Kommunikation in der Ära Adenauer. Zur Funktion und Perzeption der kommunistischen Bedrohung, in: Thomas Roessing (Hg.): Politik und Kommunikation – interdisziplinär betrachtet. Baden-Baden 2007, S. 71-97.
17 Eleonore Romberg, aufgezeichneter Vortrag von 1987 in Bremen.
18 Interview mit Barbara Lochbihler, geführt von Susanne Hertrampf, Bonn, 13.2.2014, Transkript S. 1; Barbara Lochbihler (Jahrgang 1959) ist seit 1985 IFFF-Mitglied und war von 1992-1999 Generalsekretärin der IFFF in Genf.
19 Siehe Eleonore Romberg: Striving for a world of peace, in: Pax et Libertas, 1975, Bericht vom 19.

internationalen IFFF-Kongress in Birmingham, England, Juli 1974, S. 6.

20 Interview mit Eleonore Romberg, geführt von Ruth Dieckmann, S. 447.

21 Ebenda.

22 Interview mit Eleonore Romberg, geführt von Susanne Hertrampf, München, 12.7.1996.

23 Wie z.B. mit dem Bündnis Münchner Frauen gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit, der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), der Deutschen Friedens-Union, Bezirksverband München, der Demokratischen Fraueninitiative München, dem Frauenarbeitskreis der Deutschen Kommunistischen Partei, dem Frauenforum München und anderen zumeist linken Frauengruppen; siehe Bewerbung Rombergs um einen Listenplatz bei den GRÜNEN, Brief vom 12. März 1982 (AddF, NL-P-18 ; 8-6) und Flugblatt »Frauen! Nie wieder Krieg – keine Frauen in die Bundeswehr«, Oktober 1985 (AddF, NL-P-18 ; 25-8).

24 Zur Unterstützung von Eleonore Rombergs Landtagskandidatur wurde in München eine Wählerinitiative gegründet, der vor allem Frauen aber auch Männer angehörten; siehe Hinweis auf Wählerinitiativen von Eleonore Romberg und Peter Forster, AddF, NL-P-18 ; 8-6.

25 Eleonore Romberg, aufgezeichneter Vortrag von 1987 in Bremen.

26 Romberg an die Bezirksdelegiertenversammlung Oberbayern, betr.: Bewerbung um einen Listenplatz auf der oberbayerischen Liste der GRÜNEN zur Landtagswahl 1986, Brief vom 12. März 1986, AddF, NL-P-18 ; 20-2.

27 »Kommunisten Abgeordnete im Landtag?«, in: Münchner Merkur, Nr. 227, 3.10.1986, S. 3; »Kühl berechnete Strategie«, in: Süddeutsche Zeitung, 11./12. Oktober 1986, S. 11.

28 Eidesstattliche Versicherung von Eleonore Romberg, München, den 7.10.1986, Unterlagen der Münchner IFFF-Gruppe, anzufragen bei Brigitte Obermayer, E-Mail: obermayer@wilpf.de.

29 Bericht des 23. internationalen IFFF-Kongresses, 23.-29.7.1986, Woudschoten-Zeist/Niederlande, S. 208ff. Als internationale Vizepräsidentin (1971-1972) hatte Eleonore Romberg das Amt der internationalen Präsidentin für zwei Jahre (1972-1974) von der Schwedin Ellen Holmgaard übernommen.

30 Interview mit Hans-Günther Schramm, geführt von Susanne Hertrampf, Nürnberg, 25.03.2014, Transkript S. 2f und 5.

31 Eleonore Romberg, Rede zur Aussprache über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, Plenarprotokoll 11/8 vom 12.12.1986, S. 328, ArchBaLa im Internet.

32 Alle Zitate: Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/6 vom 10.12.1986, S. 214. Die SPD nahm an, dass der Ministerpräsident Franz Josef Strauß bereit war, Waffenlieferungen nach Südafrika trotz des Waffenembargos zu zulassen, ArchBaLa im Internet.

33 Ebenda, S. 213.

34 Siehe dazu Bernd Ladwig: Die Verwirklichung der Menschenrechte als Feld kreativen Handelns, in: Harald Bluhm / Jürgen Gebhardt (Hg.): Konzepte politischen Handelns, Baden-Baden 2001, S. 289-311.

35 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/6 vom 10.12.1986, S. 213.

36 Präambel der VN-Charta eingesehen am 22.7.2014 unter www.unric.org/de/charta.

37 Siehe dazu Ulrich Willems: Moralskepsis, Interessenreduktionismus und Strategien der Förderung von Demokratie und Gemeinwohl, in: Ulrich Willems (Hg): Interesse und Moral als Orientierungen politischen Handelns, Baden-Baden 2003, S. 9-99, hier S. 20.

38 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/17 vom 19.3.1987, S. 964f., ArchBaLa im Internet.

39 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/82 vom 27.1.1989, S. 5722, ArchBaLa im Internet.

40 Ebenda, S. 5722.

41 Ebenda, S. 5720f. und Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/130 vom 16.5.1990, S. 8877f. ArchBaLa im Internet.

42 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/130 vom 16.5.1990, S. 8878, siehe dazu auch Eleonore Romberg, Plenarprotokolle 11/102 vom 21.06.1989, S. 7108 und 11/128 vom 27.4.1990, S. 8776f., ArchBaLa im Internet.

43 MBB gehört seit 2000 zum europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS.

44 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/48 vom 03.2.1988, S. 3165ff., 11/52 vom 2.3.1988, S. 3426, 11/61 vom 14.06.1988, S. 4056f., 11/80 vom 14.12.1988, S. 5521-5524 und 11/97 vom 11.5.1989, S. 6815, 6817, ArchBaLa im Internet.

45 Plenarprotokoll 11/48, S. 3167, ArchBaLa im Internet.

46 Plenarprotokoll 11/80, S. 5524, ArchBaLa im Internet.

47 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/52 vom 2.3.1988, S. 3425, ArchBaLa im Internet.

48 Ebenda, S. 3425. Siehe dazu auch Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/109 vom 10.10.1989, S. 7506f., ArchBaLa im Internet.

49 Das Asylrecht wurde am 26. Mai 1993 durch eine Zweidrittelmehrheit geändert. Der Anstoß für diese Grundrechtsänderung kam von CSU-Mitgliedern. Neu sind insbesondere der Passus zu ›sicheren Herkunftsstaaten‹ und die ›Drittstaaten-Regelung‹.

50 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/26 vom 21.6.1987, S. 1614, ArchBaLa im Internet.

51 Eleonore Romberg, Infoblatt: »Ein Jahr Bayerischer Landtag«, Sozialpolitik, AddF, NL-P-18 ; 8-6.

52 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/113 vom 15.11.1989, S. 7861-7862, ArchBaLa im Internet.

53 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/102 vom 21.6.1989, S. 7077-7078, ArchBaLa im Internet.

54 Ebenda, S. 7078.

55 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/49 vom 4.2.1989, S. 3249f., ArchBaLa im Internet.

56 Ebenda, S. 3250, ArchBaLa im Internet.

57 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/113, S. 7862, ArchBaLa im Internet.

58 Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/71 vom 19.10.1988, S. 4812, ArchBaLa im Internet.

Randzitate

Eleonore Romberg, aufgezeichneter Vortrag von 1987 in Bremen, Privatbesitz der Deutschen IFFF-Sektion, anzufragen bei der IFFF-Geschäftsstelle in Berlin, E-Mail: info@wilpf.de.

Interview mit Eleonore Romberg, geführt von Ruth Dieckmann am 08.06. und 11.09.1994, in: Sybille Krafft: Zwischen den Fronten: Münchner Frauen in Krieg und Frieden, 1900-1950, München 1995, S. 435-447, hier S. 445.

Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/82 vom 27.01.1989, S. 5721, ArchBaLa im Internet.

Eleonore Romberg, Plenarprotokoll 11/49 vom 04.02.1989, S. 3250, ArchBaLa im Internet.

Ebenda.

Bildnachweise

Seite 25: Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF), NL-P-17 ; 9-1, hier F-NLP17_0089.

Seite 26: AddF, NL-K-18, 3, hier: F-NLK18_0050

Seite 27: (links) Addf, NL-P-17 ; 10-1, Teil 2.
(rechts) Bildarchiv Bayerischer Landtag.

Seite 28: (Randspalte) AddF, A-F-NLK18/0030.
(im Text) AddF, A-F-NLP18/0001.

Seite 29: AddF, A-F-NLP17/0024.